

Behinderte: Buchinger lenkt bei Kündigungsschutz ein

Der Behindertenanwalt des Sozialministeriums, Erwin Buchinger, hat eine „Beschäftigungsoffensive“ für Menschen mit Behinderung gefordert. Er kritisierte, dass ihre Arbeitslosigkeit zuletzt überdurchschnittlich stark gestiegen ist. Gesprächsbereit zeigte sich Buchinger über die Streichung des 2011 gelockerten Kündigungsschutzes - allerdings nur im Rahmen eines „Gesamtpakets“.

Unter Verweis auf eine Studie des Sozialministeriums wertete Buchinger die Lockerung des Kündigungsschutzes für Behinderte einmal mehr als Flop. Seit 2011 greift der Schutz bei neuen Jobs nicht mehr nach sechs Monaten, sondern erst nach vier Jahren. Einen positiven Beschäftigungseffekt brachte das laut Buchinger jedoch nicht. „Der bisherige Ansatz ist gescheitert“, so der frühere SPÖ-Sozialminister.

Buchinger fordert „Beschäftigungspaket“

Im Abtausch für ein wirksames Gesamtpaket wäre Buchinger aber bereit, der Streichung des Kündigungsschutzes zuzustimmen: „Ich hätte keine großen Vorbehalte, den Kündigungsschutz gänzlich aufzuheben, wenn es dafür nicht nur Versprechen gibt, die nicht halten, sondern wirkliche Ergebnisse.“

Neben höheren Strafen („Ausgleichstaxe“) für Unternehmen, die keine Behinderten einstellen, forderte Buchinger ein „Beschäftigungspaket“: Geschützte Arbeitsstätten sollen ausgebaut werden, insbesondere mit Schwerpunkt auf Vermittlung auf den regulären Arbeitsmarkt. Das AMS soll Behinderte als eigene Zielgruppe definieren. Einstellungsbeihilfen in der Privatwirtschaft sollen ausgeweitet und im Bundesdienst eine Ausnahme vom Einstellungsstopp fixiert werden.

Oberösterreichische FAB als Vorbild

Kosten würde das Arbeitsmarktpaket laut Buchinger bis zu 150 Mio. Euro. „Es ist zu wenig, wenn die entsprechenden Budgets nicht gekürzt werden“, so Buchinger. Weitere 50 Mio. Euro würde die sozialversicherungsrechtliche Absicherung der 24.000 Menschen in geschützten Werkstätten kosten, die derzeit nur ein Taschengeld erhalten.

Als Vorbild für das Zusammenspiel von geschütztem Arbeitsmarkt und regulärer Wirtschaft sieht Buchinger die oberösterreichische FAB, die knapp 1.900 Behinderte beschäftigt. Sie werden zwar deutlich unter Kollektivvertrag bezahlt, sind aber sozialversichert. Zwei Drittel des Budgets kommen laut FAB aus Förderungen, ein Drittel aus Umsätzen mit Partnern wie Nestle und Rosenbauer.

Lernen könnte man laut Buchinger auch vom schwedischen „Samhall“-Programm, das Behinderten Arbeit in geschützten Produktionsbetrieben bietet.

Publiziert am 02.03.2016